

10
78

Union in Deutschland

Bonn, den 9. März 1978

Unsere Pflicht für Europa

Als erste der drei großen europäischen Parteienföderationen sind wir mit einem gemeinsamen politischen Programm für den europäischen Wahlkampf gerüstet. Zum ersten Mal in der Geschichte hat sich die christlich-demokratische Bewegung in Europa auf ein Programm geeinigt, das weit über allgemeine Grundsätze hinausgeht und den ganzen Fächer der europäischen Probleme aufgreift.

Dies stellte Helmut Kohl auf dem Jahreskongreß der Europäischen Volkspartei (EVP) am 6. und 7. März in Brüssel fest. Es ist der erste Kongreß der EVP seit ihrer Gründung am 29. April 1976. Unter den 150 Delegierten des Kongresses befanden sich 27 Vertreter der CDU, an ihrer Spitze Helmut Kohl.

Im Mittelpunkt des Brüsseler Treffens stand die Beratung und Verabschiedung des „Politischen Programms der Europäischen Volkspartei“ (siehe UiD-Dokumentation 8/78). Der Europäischen Volkspartei gehören zwölf christlich-demokratische Parteien aus sieben EG-Ländern an. Innerhalb der EG-Länder ist die EVP lediglich in Großbritannien und Dänemark nicht vertreten. Es bestehen jedoch enge Kontakte zu den dortigen konservativen Parteien.

Weiter auf Seite 2

■ WAHLEN

Ergebnisse und Analysen der Kommunalwahlen in Schleswig-Holstein und in Bayern.

Seiten 3—6

■ KOOP-SCHULE

Das erfolgreiche Volksbegehren in NRW war ein Sieg der Bürger über Bürokraten und linke Ideologen.

Seite 7

■ CDU- NIEDERSACHSEN

Großer Vertrauensbeweis für Wilfried Hasselmann und Ernst Albrecht auf dem Oldenburger Parteitag.

Seite 11

■ RENTEN

Hans Katzer antwortet Bundesarbeitsminister Ehrenberg.

Seite 13

■ ÖA

Aktion sichere Renten. Gegen Wortbruch und Willkür.

Rosa Teil

■ UiD-EXTRA

Die hochschulpolitische Situation im März 1978.

Gelber Teil

■ DOKUMENTATION

Lohnnivellierung — Konsequenzen der Schlüsselfrage sozialdemokratischer Politik.

Grüner Teil

Fortsetzung von Seite 1

In seiner Rede forderte Helmut Kohl dazu auf, Arbeitsgruppen mit bestimmten Arbeitsaufträgen einzusetzen, die in dichter Folge zusammentreten und nach einem klaren Zeitplan ihre Ergebnisse vorlegen.

„Es ist unser aller Pflicht, unserem Präsidenten Leo Tindemans bei der Erledigung dieser großen Arbeit zur Hand zu gehen. Wir haben uns ein politisches Programm gegeben. Jetzt heißt es: Mit dem Programm arbeiten, um für die christlich-demokratische Sache in Europa den Wahlkampf für das Europäische Parlament zu bestreiten und als geschlossene und zukunftsweisende Kraft in das Europäische Parlament einzuziehen, stellte der Parteivorsitzende fest.

Helmut Kohl erklärte weiter, mit jeder Stimmabgabe für die Kommunisten oder für diejenigen, die mit ihnen Volksfront-Bündnisse eingehen wollten, stehe ein Stück europäischer Freiheit auf dem Spiel. Die deutschen Christdemokraten teilten die „verharmlosende Schau“ des als Euro-Kommunismus getarnten Kommunismus nicht. Die Unionspolitiker würden sich von den äußerlichen Verwandlungskunststücken des Euro-Kommunismus nicht täuschen lassen.

Der belgische Premierminister Tindemans, der den Kongreß in allen Sprachen der EG-Länder eröffnet hatte, appellierte an alle demokratischen Parteien, gemeinsam mit den christlichen Demokraten den „pluralistischen Rahmen“ für die politischen Auseinandersetzungen in Europa zu definieren. Mit einer Anspielung auf das Wort des französischen Sozialistenführers François Mitterrand „Europa wird sozialistisch

sein oder nicht sein“, sagte Tindemans: „Wir sagen nicht, Europa wird christlich-demokratisch sein oder nicht sein, wir wollen eine pluralistische Gesellschaft in einem Europa, in dem alle politischen Kräfte in einem demokratischen Wettbewerb ihr Wort zu sagen haben werden.“

Tindemans sagte, die Christdemokraten seien die Hauptakteure des Wiederaufbaus in Europa gewesen und hätten die Grundlagen für den Wohlstand gelegt. Die junge Generation müsse erkennen, daß Europa der großartigste politische Gedanke der Nachkriegszeit in der Welt sei, weil er Ländern, die sich jahrhundertlang bekämpft hätten, den Frieden bringe und den Nationalstaat als angebliches Meisterstück der Politik ablöse.

Kai-Uwe von Hassel, Präsident der EUCD, warf den sozialistischen Parteien in der EG vor, „im Inneren zerrissen“ zu sein. Sie hätten sich noch nicht auf einen Kongreß und ein Datum einigen können. Die Liberalen seien zwar „heterogener“ als die Sozialisten, aber sie stritten für Europa und hoben sich darin wohltuend von Sozialdemokraten und Sozialisten ab.

CDU-Generalsekretär Heiner Geißler stellte fest: „Mir geht es darum, auch die weltweite Dimension unserer Arbeit deutlich zu machen. Wenn wir den Anspruch erheben und durch konkretes Handeln ausfüllen, in Europa die führende mehrheitsfähige und europabil-dende Kraft zu sein, hat das auch seine Auswirkung auf die Parteienlandschaft anderswo in der Welt. Am deutlichsten kommt eine entschlossene und zukunftsweisende Aktion der christlichen Demokraten in Europa unseren latein-amerikanischen Freunden zugute.“

■ SCHLESWIG-HOLSTEIN

Wahlergebnis: In den Kreisen gut — in den Städten nicht befriedigend

„Wir wollen nicht verhehlen, daß wir das anspruchsvolle Ziel, die 50-Prozent-Marke zu überschreiten, nicht erreicht haben. Das Ergebnis war in den Kreisen gut, in den Städten nicht befriedigend. Aber wir haben eine gute Ausgangsbasis für die Landtagswahlen im kommenden Jahr geschaffen. In nur 16 Monaten hat sich die CDU Schleswig-Holstein von 44 Prozent bei der Bundestagswahl auf nunmehr 49,2 Prozent steigern können. Dieses Ergebnis ist für uns eine Herausforderung, unsere Arbeit weiterhin intensiv für unser Land und seine Bürger zu verfolgen.“

Mit diesen Worten kommentierte noch in der Wahlnacht der Landesvorsitzende der CDU Schleswig-Holstein, Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg, das Ergebnis der Wahlen zu den Kreistagen, Ratsversammlungen und Gemeindevertretungen im nördlichsten Bundesland, bei dem die Union nur knapp unter der 50-Prozent-Marke geblieben ist. Gleichzeitig hatte die FDP einen landesweiten Stimmenverlust von 2,7 Prozent auf 7,3 Prozent hinnehmen müssen, während die Landes-SPD völlig unerwartet ihren Stimmenanteil von 35,6 Prozent vor vier Jahren auf nun 40,5 Prozent verbessern konnte.

Besonders erfreulich jedoch vor allem

das Abschneiden in den elf Landkreisen Schleswig-Holsteins: in allen Kreistagen kann die Union auch künftig über eine absolute Mehrheit der Sitze verfügen. So ragen insbesondere die Ergebnisse in den Kreisen Dithmarschen (54,3 %), Plön (51,2 %) Rendsburg-Eckernförde (51,9 %) und Schleswig-Flensburg (51,7 %) heraus. Aber auch in den Kreisen Stormarn, Ostholstein, Herzogtum Lauenburg lagen die Unionsergebnisse über 50 Prozent, während sie in Nordfriesland, Pinneberg und Steinburg knapp unterhalb der Traugrenze von 50 Prozent zu finden waren.

Als nicht voll befriedigend muß zweifellos das Ergebnis in den kreisfreien Städten angesehen werden. So eroberte sich in Kiel und Neumünster die SPD die vor vier Jahren verlorene absolute Mehrheit zurück, während jedoch in Lübeck und Flensburg die CDU auch weiterhin die stärkste Fraktion stellt.

Besonders bedrückend mag das Wahlergebnis vor allem für die FDP sein. Der landesweite Verlust des Stimmenanteils um mehr als ein Viertel signalisiert, daß diese Partei von den Wählern nicht mehr richtig eingeordnet werden kann. Ihre Scheu, sich über die künftige politische Linie klar zu äußern, wird dazu beigetragen haben, daß viele ihrer früheren Wähler zur SPD gegangen sind.

Die FDP des Landes hat aber vor allem geschockt, daß sie erhebliche Stimmenanteile an die erstmals kandidie-

renden „Grünen Listen“ abgeben mußte. Diese — sich vorwiegend aus Kernkraftwerksgegnern rekrutierende Wählervereinigung — schaffte es auf Antrieb, in Kreis Steinburg 6,6 Prozent der Stimmen und damit zwei Kreistagsmandate zu erzielen, während die FDP hier von 8,9 auf 4,9 Prozent der Stimmen absackte und damit ihre bisherigen beiden Kreistagsmandate verlor.

Auf Kosten des SSW, der Partei der dänischen Minderheit, gelang es den „Grünen Listen“ darüber hinaus im Kreise Nordfriesland ebenfalls mit zwei Sitzen (6 Prozent) in den Kreistag einzuziehen. Dieser Erfolg mag die „Grünen Listen“ ermutigen, sich im kommenden Jahr an den anstehenden Landtagswahlen auch landesweit mit eigenen Kandidaten zu beteiligen. Eine weitere empfindliche Schlappe hatte die FDP übrigens in Flensburg hinnehmen müssen, wo sie ebenfalls unter die 5-Prozent-Grenze geriet.

Noch ist es zu früh, das Wahlverhalten in Schleswig-Holstein an diesem 5. März zu erklären. Fest steht jedoch, daß die Union in den Kreisen und ländlichen Gebieten ihre Stellung im wesentlichen hatte festigen können, daß sie darüber hinaus in Flensburg und Lübeck angesichts des landweiten Trends mit dem Ausgang der Wahlen relativ zufrieden sein kann.

Fest steht aber auch, daß die Landes-SPD trotz ihres betont linken Kurses und ihrer ständigen Konfrontation mit der Bundesregierung einen Teil der 1974 verlorenen Stimmen hat zurückgewinnen können. Der eigentliche Verlierer aber ist die FDP, die dort, wo „Grüne Listen“ auftraten oder wo sie — wie in Neumünster — besonders eng mit der SPD zusammenging, besonders hohe Verluste hinnehmen mußte.

Offensichtlich aber hat auch die gegenüber 1974 um 6 Prozent geringere Wahlbeteiligung einen erheblichen Einfluß auf den Ausgang der Wahlen gehabt. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß zu viele der potentiellen CDU-Wähler angesichts des desolaten Zustandes der Landes-SPD die Kommunalwahlen zu früh als gewonnen angesehen hatten.

Vor allem aber: Bei einer Bewertung des Ergebnisses darf nicht übersehen werden, daß die CDU 1974 gegenüber 1970 in einem wahren Erdbeben einen Stimmengewinn von rund zehn Prozent hatte verbuchen können. Von diesen Wählern, die damals weitgehend von der Enttäuschung über den gescheiterten Kanzler Brandt beeinflusst worden waren, blieben auch jetzt noch rund 5 Prozent der Union treu.

Gesamtergebnis

	Wahl- bet.	CDU	SPD	FDP	SSW	Grüne Liste
K 78	78,3	49,2	40,5	7,3	1,7	—
K 74	79,2	53,1	35,6	9,0	1,6	—
L 75	82,3	50,4	40,1	7,1	1,4	—
B 76	90,6	44,1	46,4	8,8	—	—

Einzelergebnisse

Flensburg Stadt

K 78	73,4	37,8	35,9	4,6	21,0	—
K 74	73,8	40,5	32,5	6,8	19,8	—
L 75	79,2	38,4	39,3	5,5	16,1	—
B 76	87,7	35,6	54,9	8,8	—	—

Kiel Stadt

K 78	71,8	42,9	50,3	5,6	—	—
K 74	72,4	46,0	43,6	8,6	0,1	—
L 75	80,0	42,8	49,1	7,1	0,1	—
B 76	89,6	36,1	54,6	8,4	—	—

Lübeck Stadt

K 78	74,4	47,3	46,3	5,6	—	—
K 74	77,4	49,3	40,3	9,5	—	—
L 75	80,3	46,0	46,2	6,5	—	—
B 76	89,8	40,0	51,4	7,8	—	—

Neumünster Stadt

K 78	74,8	45,7	47,8	5,8	—	—
K 74	76,0	51,4	38,9	8,8	—	—
L 75	80,0	47,6	44,8	6,7	—	—
B 76	89,2	40,9	50,9	7,6	—	—

Dithmarschen

K 78	80,3	54,3	38,0	7,5	—	—
K 74	81,3	59,7	32,2	8,1	—	—
L 75	83,2	55,8	36,5	6,3	—	—
B 76	90,2	49,1	42,9	7,3	—	—

Herzogtum Lauenburg

K 78	80,7	50,8	40,3	8,3	—	—
K 74	82,6	54,6	34,9	10,1	—	—
L 75	83,3	53,3	38,5	7,2	—	—
B 76	91,9	46,3	44,5	8,5	—	—

Nordfriesland

K 78	77,5	49,4	32,5	6,9	4,9	6,0
K 74	76,4	54,2	30,1	10,1	5,6	—
L 75	79,9	52,2	33,9	8,4	4,5	—
B 76	88,2	47,3	42,5	9,5	—	—

Ostholstein

K 78	80,7	50,4	42,0	7,6	—	—
K 74	81,7	53,7	37,6	8,8	—	—
L 75	83,7	52,5	40,2	6,4	—	—
B 76	90,7	46,2	45,5	7,6	—	—

Pinneberg

K 78	79,0	49,0	40,1	9,5	—	—
K 74	81,7	53,4	33,7	11,5	—	—
L 75	83,1	50,8	39,5	8,4	—	—
B 76	92,1	44,2	44,6	10,5	—	—

Plön

K 78	83,8	51,2	42,5	5,9	—	—
K 74	83,9	53,6	38,7	7,2	—	—
L 75	85,9	51,9	41,2	5,9	—	—
B 76	92,4	45,3	46,3	7,6	—	—

Rendsburg-Eckernförde

K 78	80,8	51,9	39,3	7,3	1,1	—
K 74	79,9	55,8	34,2	8,9	0,9	—
L 75	83,9	52,9	38,4	7,1	0,9	—
B 76	90,4	45,5	45,6	8,3	—	—

Schleswig — Flensburg

K 78	80,4	51,7	33,4	6,5	8,4	—
K 74	78,0	53,9	28,1	7,5	6,8	—
L 75	82,5	52,5	34,1	6,1	6,6	—
B 76	89,7	47,4	43,5	8,5	—	—

Segeberg

K 78	77,9	51,4	37,2	10,9	—	—
K 74	80,4	56,0	30,5	13,5	—	—
L 75	82,3	53,5	36,7	8,8	—	—
B 76	91,4	46,9	41,4	11,0	—	—

Steinburg

K 78	81,6	48,9	38,4	4,9	—	6,6
K 74	82,1	56,9	33,8	8,9	—	—
L 75	83,9	53,6	39,3	5,8	—	—
B 76	91,1	47,0	44,7	7,4	—	—

Stormarn

K 78	80,1	51,2	39,0	9,1	—	—
K 74	82,7	57,4	39,0	3,3	—	—
L 75	83,6	52,4	38,2	8,3	—	—
B 76	92,5	45,7	42,6	11,0	—	—

Bonn finanziert DDR-Aktivitäten

Von 1970 bis zum 31. Dezember vergangenen Jahres sind der DDR aus Haushaltsmitteln des Bundes, des Landes Berlin sowie der Bundespost, der Bundesbahn und von privaten Stellen einschließlich der Swing-Beträge (zinslose Kredite) 11,32 Mrd. DM zugeflossen. Das wird aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der CDU/CSU-Fraktion deutlich, die von dem Berliner CDU-MdB Jürgen Wohlrahe veröffentlicht worden ist. Ein Teil der Gelder, berichtet er, stehe bei der Bank für Gemeinwirtschaft zur Verfügung der DDR und kann somit ohne jeden Umweg zur Finanzierung der „in der Regel“ gegen die Bundesrepublik Deutschland gerichteten Auslandsarbeit der DDR und für „subversive Zwecke“ jedweder Art innerhalb des Bundesgebietes verwandt werden; dazu zählt auch die Finanzierung von DKP und SEW.

■ BAYERN

Auch in München, Regensburg und Coburg künftig CSU-Bürgermeister

„Wir haben das gesteckte Ziel erreicht“, erklärte Franz Josef Strauß zu dem Ergebnis der Kommunalwahlen in Bayern. Die CSU habe jetzt ihre kommunalpolitische Basis in Bayern erheblich verbreitert und könne „in entsprechender Kampfkraft“ in die anstehende Landtagswahl gehen.

Eine vernichtende Niederlage erlitt die SPD in München. Schon im ersten Wahlgang wurde Erich Kiesl mit 51,5 Prozent zum neuen Oberbürgermeister gewählt und wie vorher schon in Frankfurt und Stuttgart die SPD auch in der bayerischen Metropole nach 30jähriger Herrschaft vom Wähler in die Opposition verwiesen.

Die CSU stellt jetzt in Bayern 30 der insgesamt 49 Oberbürgermeister. Auch in Regensburg und Coburg wurden die SPD-OB's abgewählt. Vor sechs Jahren waren es erst 25 CSU-Stadtoberhäupter.

In den 71 bayerischen Landkreisen stellt die CSU jetzt insgesamt 59 Landräte, von denen acht auch von anderen Parteien oder Gruppen unterstützt werden. Dies bedeutet gegenüber 1972 ein Plus von 9 Landräten.

Die „Grüne Liste“ und die „Christliche Wählerunion“ holten sich nur je einen Sitz im 50köpfigen Gemeindeparlament Erlangens.

Das Gesamtergebnis der bayerischen Kommunalwahlen lag bei Redaktions-

schluß noch nicht vor; es wird für Ende dieser Woche erwartet.

So wählten die großen Städte

	CSU	SPD	FDP	Son- stige
München				
K 78	51,5	38,0	5,7	4,8
K 72	35,7	52,5	4,7	7,1
L 74	48,4	40,1	8,7	2,7
B 76	47,2	40,5	11,1	1,2
Nürnberg				
K 78	44,2	48,2	3,5	2,2
K 72	34,3	55,1	5,3	5,4
L 74	45,0	42,7	8,9	3,4
B 76	43,2	47,6	7,9	1,4
Fürth				
K 78	39,9	43,3	13,2	3,5
K 72	30,5	52,8	10,9	5,8
L 74	43,1	44,2	9,4	3,3
B 76	41,5	50,3	6,9	1,3
Würzburg				
K 78	46,3	45,3	3,6	4,2
K 72	46,6	39,8	4,8	8,8
L 74	56,9	34,8	6,6	1,7
B 76	54,0	37,0	8,1	0,9
Bayreuth				
K 78	44,0	46,3	2,6	7,0
K 72	34,5	50,6	—	14,9
L 74	52,0	39,7	5,7	2,6
B 76	49,9	41,8	7,3	1,0
Regensburg				
K 78	59,2	36,3	1,7	1,4
K 72	46,2	47,2	2,2	4,5
L 74	65,3	27,7	4,6	2,5
B 76	61,6	31,9	5,4	1,1
Augsburg				
K 78	42,3	51,1	2,1	2,2
K 72	44,9	46,5	2,3	6,3
L 74	52,5	38,4	5,1	4,1
B 76	51,4	41,0	6,4	1,3

■ VOLKSBEGEHREN NRW

Sieg der Bürger über Bürokraten und linke Ideologen

Als die rheinische CDU-Zentrale am Mittag des 2. März gegenüber der Landespressekonferenz das Ergebnis vorsichtiger interner Hochrechnungen bekanntgab, erntete sie zunächst nur ungläubiges Staunen: mindestens 3,5 Millionen Bürger haben sich in Nordrhein-Westfalen in die Listen des Volksbegehrens gegen die kooperative Schule eingetragen, konnte die Union verkünden — das amtliche Endergebnis, wenige Stunden später vom Innenministerium bekanntgegeben, übertraf dann sogar diese Rechnung: genau 3,64 Millionen NRW-Bürger hatten per Unterschriften gegen „Koop“ votiert und damit der Bildungspolitik der SPD/FDP-Koalition eine klare Abfuhr erteilt.

Das glänzende Ergebnis muß um so mehr überraschen, als Bürgeraktion und CDU gerade in den Bevölkerungsschwerpunkten des Ruhrgebietes gegen massive Behinderungen und Schikanen zu kämpfen hatten (vgl. UjD 8/78). So hatte die größte Stadt des Ruhrgebiets, Essen (700 000 Einwohner) für ihre Wahlberechtigten ganze 14 Eintragungsstellen bereitgestellt. (Zum Vergleich: die Großstädte an der Rhein-schiene, in denen die Genossen nicht das Sagen haben, stellten durchschnittlich 40 Lokale für 300 000 Einwohner zur Verfügung.)

Überdies versuchte Kultusminister Jürgen Girgensohn (SPD) in der heißen Phase durch „Maulkorb“-Erlasse die Diskussion über das umstrittene Gesetz in Schulpflegschaften abzublocken, während der angeblich liberale Innenminister Burkhard Hirsch (FDP) durch ein förmliches Verwirr-Spiel über die Durchführungsbestimmungen dafür sorgte, daß noch nach Beginn des Volksbegehrens in weiten Teilen des Landes die Verwaltungen nicht wußten, ob sich auch Insassen von Krankenhäusern und Altersheimen eintragen durften...

Der Präsidiums-Vorsitzende der nordrhein-westfälischen CDU und Oppositionsführer im Landtag, Heinrich Köppler, der von Anfang an zu den entschlossensten Gegnern des Koop-Gesetzes gehörte, wertete das überwältigende Abstimmungs-Ergebnis in einer ersten Stellungnahme als „Sieg der Bürger über Bürokraten und Ideologen“. Heinrich Köppler: „Das Ergebnis des Volksbegehrens gibt uns die Berechtigung, unsere bildungspolitische Linie konsequent weiterzuführen. Wir werden die Landesregierung in den nächsten Monaten auf allen Feldern der Bildungspolitik stellen.“

Als besondere Schwerpunkte künftiger CDU-Aktivitäten im Landtag nannte Köppler die Stufenlehrer-Ausbildung und die Verbesserung der Situation der Hauptschule. Allen Versuchen nunmehr

über ein anderes Konzept die Gesamtschule doch noch durch die Hintertür als Regelschule einzuführen, werde man mit Entschiedenheit entgegneten.

In der nordrhein-westfälischen SPD ist nach dem für sie verheerenden Ergebnis des Volksbegehrens Katzenjammer ausgebrochen. Unisono tönnten Ministerpräsident Heinz Kühn (SPD) und sein Kultusminister Girgensohn nach Bekanntwerden der Niederlage, man werde nun dem Bürger „Respekt bezeugen“ und das unselige Gesetz zurückziehen. (Daß man vorher 18 Monate lang den Bürgerwillen mit Füßen getreten hatte, schien schon fast verdrängt.) Auf einen Volksentscheid, der vermutlich in einer noch schlimmeren Niederlage geendet hätte, wollen es nunmehr weder SPD noch FDP ankommen lassen.

Bei einer ersten Analyse der Beteiligung am Volksbegehren zeigt sich, daß durchaus nicht nur CDU-Hochburgen gegen „Koop“ gestimmt haben, wie es vor allem die WDR-Propaganda dem Rundfunkpublikum weismachen wollte. SPD-Hochburgen wie Essen (20,2 Prozent), Köln (22,5 Prozent) oder die Chemiarbeiter-Stadt Leverkusen (29,7 Prozent) stimmten ebenso deutlich gegen die Koop-Ideologen wie das vielbeschworene „flache Land“.

Besonders deutlich wurde im übrigen neben dem unerwartet hohen Einsatz von Eltern, Lehrern und Schülern die Mobilisierbarkeit der CDU-Mitgliedschaft. Über zwei Sonderausgaben des „Deutschen Monatsblattes“ hatte die Parteiführung in NRW jedes CDU-Mitglied aufgerufen, aktiv mitzukämpfen, und als Richtzahl für jede Gemeinde, jede Stadt und jeden Kreis das Errei-

chen von 60 Prozent der CDU-Wähler von 1975 ausgegeben. Das Ergebnis übertraf auch hier alle Erwartungen: die Ziel-Vorgabe von 60 Prozent wurde um 740 000 Stimmen übertroffen — man erreichte exakt 75,3 Prozent! Ein Beweis für die Lebendigkeit der rheinischen und der westfälischen Partei.

Einzelergebnisse: Düsseldorf 23,5 Prozent, Duisburg 18,2 Prozent, Essen 20,2 Prozent, Krefeld 29,2 Prozent, Mönchengaldbach 35,5 Prozent, Mülheim 19,6 Prozent, Oberhausen 16,2 Prozent, Remscheid 25,5 Prozent, Solingen 25,3 Prozent, Wuppertal 19,7 Prozent, Kleve 46,0 Prozent, Mettmann 27,5 Prozent, Neuss 37,6 Prozent, Viersen 39,5 Prozent, Wesel 28,4 Prozent, Aachen 38,3 Prozent, Bonn 34,5 Prozent, Köln 22,5 Prozent, Leverkusen 29,7 Prozent, Kreis Aachen 39,6 Prozent, Düren 46,2 Prozent, Erftkreis 31,7 Prozent, Euskirchen 52,7 Prozent, Heinsberg 53,7 Prozent, Oberbergischer Kreis 36,2 Prozent, Rhein. Berg. Kreis 36,0 Prozent, Rhein-Sieg Kreis 42,1 Prozent.

Bottrop 19,6 Prozent, Gelsenkirchen 12,8 Prozent, Münster 39,6 Prozent, Borken 51,8 Prozent, Coesfeld 53,3 Prozent, Recklinghausen 21,2 Prozent, Steinfurt 43,2 Prozent, Warendorf 46,1 Prozent, Bielefeld 23,7 Prozent, Gütersloh, 40,7 Prozent, Herford 26,9 Prozent, Höxter 59,9 Prozent, Lippe 25,4 Prozent, Minden-Lübbecke 32,4 Prozent, Paderborn 57,1 Prozent, Bochum 16,2 Prozent, Dortmund 14,3 Prozent, Hagen 23,8 Prozent, Hamm 26,9 Prozent, Herne 13,0 Prozent, Ennepe-Ruhr-Kreis 18,4 Prozent, Hochsauerland-Kreis 49,6 Prozent, Märkischer Kreis 28,8 Prozent, Olpe 53,3 Prozent, Siegen 28,7 Prozent, Soest 43,1 Prozent, Unna 21,3 Prozent (Vgl. auch Seite 9 „SPD-Bildungspolitik wird trotzdem fortgesetzt“)

■ KOALITION

SPD-Bildungspolitik wird trotzdem fortgesetzt

Entgegen der Erwartung vieler Beobachter wurde das für die SPD negativ ausgegangene Volksbegehren gegen die kooperative Schule auf dem SPD-Sonderparteitag in Leverkusen nicht diskutiert. Lediglich zu Beginn des Parteitages vermerkte Partei-Vize Hans Koschnik, daß die SPD im Vorfeld des Volksbegehrens nicht alles zur Aufklärung der Bevölkerung getan habe. Vor Ort habe ein „schreckliches Informationsdefizit“ geherrscht. Das darf jedoch nicht heißen — so jedenfalls die Meinung aller Delegierten —, daß die Bildungsreform nun ad acta gelegt werden soll. Im Gegenteil: Die Schulreform wird nicht verdrängt, die Bildungspolitik wird fortgesetzt, und zwar mit verstärkten Anstrengungen, ihre Ziele näher an den Bürger heranzubringen.

Nachdrücklich bekundeten die Delegierten der nordrhein-westfälischen SPD die Absicht, die schulpolitischen Entwicklung in Richtung auf die integrierte Gesamtschule zu forcieren. Mit großer Mehrheit wurde ein Antrag verabschiedet, in dem die SPD-Landtagsfraktion aufgefordert wird, umgehend gesetzliche Grundlagen zu schaffen, daß die derzeit 30 Gesamtschulversuche in NRW abgeschlossen werden „und die Gesamtschule als Angebotschule eingeführt wird“.

SPD zu sachlicher Politik nicht fähig

Die SPD-Fraktionsvorsitzenden-Konferenz hat einen Beschluß zum Vor-

rang der Steinkohlekraftwerke bei der Energieversorgung gefaßt. Hierzu hat der CDU-MdB Hans Hubrig Anfragen eingebracht und erklärt, die SPD stelle auf Grund der Beschlüsse des Hamburger Parteitages ohne Rücksicht auf Energiekosten Forderungen, die nicht sachlich orientiert seien, sondern Rücksicht auf innerparteiliche Schwierigkeiten innerhalb der SPD nähmen. Selbst die Bundesregierung sei trotz des erheblichen SPD-Drucks in ihrer „Fort-schreibung des Energieprogramms“ vom Dezember 1977 von übertriebenen Erwartungen der SPD im Hinblick auf den Einsatz von Kohlekraftwerken abgerückt.

Der jüngste Beschluß der SPD-Fraktionsvorsitzenden zeige, daß ohne Beachtung der Kosten und volkswirtschaftlichen Zusammenhänge die „Investitionskontrolle“ in der SPD wieder Überhand gewinne. Es sei zwar sinnvoll, Kohlekraftwerke für bestimmte Lastbereiche der Elektrizitätswirtschaft auch in Zukunft vermehrt einzusetzen. Aber nur eine Arbeitsteilung zwischen Kohle und Kernenergie biete die Chance, die Mineralölabhängigkeit zu verringern.

Voll sozialistisches SPD-Wahlprogramm

Für das Landtagswahlprogramm der niedersächsischen SPD gilt das Motto: Verwaltete Bürger, verwaltete Wirtschaft. Statt der verantworteten gesellschaftlichen Freiheit des Bürgers will die SPD die Zuteilung der Zukunft durch Entscheidungen gesellschaftlicher und staatlicher Gremien. Für die Soziale Marktwirtschaft hat die SPD Niedersachsens nicht einmal mehr ein Lippenbekenntnis übrig. Der Begriff ist aus ihrem Sprachgebrauch gestrichen.

Statt dessen wird unverblümt ein neues System der Wirtschaftslenkung in Form sogenannter Strukturräte propagiert, die u. a. bei der Abstimmung privater Unternehmensplanungen mitwirken sollen. Da zur Zeit Forderungen nach Sozialisierung und verschärfter Mitbestimmung wenig populär sind, soll hier unter dem verharmlosenden Etikett einer „vorausschauenden Strukturpolitik“ eine Art Mitbestimmung auf gesamtwirtschaftlicher Ebene verwirklicht werden.

Das Wahlprogramm der SPD ist finanziell unverantwortlich. Es leistet unzeitgemäß einer weiteren Anspruchsinflation Vorschub. Unseren Betrieben soll ohne Rücksicht auf ihre Rentabilität weitere Kosten aufgebürdet werden. Über die Finanzierung und Finanzierbarkeit eines langen Forderungskatalogs an den Staat wird kein Wort verloren. Wie für alle sozialistische Politik gilt für das SPD-Programm: abnehmende Leistungsfähigkeit bei wachsenden Kosten, abnehmende Gerechtigkeit bei wachsender Bürokratie.

„Arbeitskreis 1951“ in der Berliner SPD

In Berlin ist jetzt der „Arbeitskreis 1951“, in dem sich demokratisch orientierte Sozialdemokraten zusammengefunden haben, neu belebt worden. Der 1951 gegründete Kreis wählte als Vorsitzenden den Leiter der Abteilung Innerdeutsche Beziehungen im Berliner Bundeshaus, Kreuzer, der dem Arbeitskreis schon einmal vorstand. Er erklärte, der Arbeitskreis betreibe keine Anti-SPD-Politik, sondern setze sich dafür ein, daß stärker Arbeitsprobleme berücksichtigt werden. Ziel sei es auch, „von einem intellektuellen Gehabe“ wegzukommen, das in bestimmten Teilen der SPD vorherrscht.

Apels Erbe: 135 Milliarden Schulden

Nach der 2. und 3. Lesung des Bundeshaushaltes für 1978 ist es beschlossene Sache, in diesem Jahr die Schulden des Bundes um netto 30,81 Mrd. DM zu erhöhen. Der Schuldenberg — jetzt insgesamt 135 Mrd. DM — wächst also weiter. Zur Deckung allein der Verwaltungskosten reichen die Steuer- und sonstigen Einnahmen des Bundes nicht mehr aus. Die Schuldenlast, die der ehemalige Finanzminister Hans Apel (SPD) seinem Nachfolger Matthöfer hinterläßt, wurde zu rund 90 % seit 1970, also seit Beginn der SPD/FDP-Regierungscoalition aufgenommen. Schließlich bedeutet das: Jedes neugeborene Kind wird 1978 mit über 50 000 DM neuer Bundesschuld belastet sein.

Enthüllend

Die Affäre um das vermutlich abgehörte Telefonat zwischen F. J. Strauß und dem „Bayernkurier“ bekommt eine pikante Note dadurch, daß ausgerechnet bayerische SPD-Abgeordnete das angeblich von Strauß während des Telefonats Gesagte in polemischer Weise kritisierten. In der Stellungnahme der CSU heißt es, der SPD müsse es sehr wohl bekannt gewesen sein, daß das Telefonat an verschiedenen Stellen gefälscht sei. Dennoch polemisiere sie wild darauf los und benutze ein „durch Verfassungsbruch zustande gekommenes Machwerk zum politischen Grabenkampf voller Haß und Feindseligkeit“. Außerdem „fälscht sie bewußt noch einmal die Fälschung, denn keine Stelle des Protokolls erlaubt eine solche Deutung“. Hier werde eine Interessenübereinstimmung zwischen denjenigen, die den Verfassungsbruch begangen hatten, und der SPD sichtbar.

CDU NIEDERSACHSEN

Union will Koalition mit der FDP fortsetzen

Erfolgreich, selbstbewußt und zuversichtlich stellte sich die niedersächsische CDU unter Führung von Wilfried Hasselmann und Ernst Albrecht auf ihrem Landesparteitag in der Oldenburger Weser-Ems-Halle den Wählern vor. Die Partei geht mit einer imponierenden Geschlossenheit in den Wahlkampf am 4. Juni. Das vom Landeswahlkampfleiter Rudolf Seiters und Landesgeschäftsführer Bobzien vorgelegte Wahlprogramm wurde von den Delegierten einstimmig gebilligt.

In seiner Eröffnungsrede zog Wilfried Hasselmann eine erfolgreiche Bilanz der seit zwei Jahren im Amt befindlichen Regierung unter Ministerpräsident Ernst Albrecht. Die niedersächsische CDU habe die FDP nach langen Jahren der Entfremdung als Partner gewinnen können. Diese Partnerschaft habe sich bewährt, was insbesondere dem Ministerpräsidenten Ernst Albrecht zu verdanken sei, sagte Wilfried Hasselmann. „Die Freien Demokraten haben ihre Bereitschaft erklärt, die Koalition mit uns fortzusetzen. Auch wir sind dazu bereit, ohne Wenn und Aber.

Selbstverständlich führt jede Partei ihren eigenen Wahlkampf mit ihrem eigenen Programm und ihren eigenen Zielen. Wir stellen uns am 4. Juni als CDU den Wählern. Wir wollen unsere führen-

de Position kräftigen und ausbauen. Unser Ziel ist der Sieg der Union. Albrecht-Politik für Niedersachsen und für Deutschland.“

Bei den anschließenden Neuwahlen zum Landesvorstand gab es einen großen Vertrauensbeweis für Wilfried Hasselmann. Er wurde mit 444 Jastimmen bei 7 Enthaltungen und 34 Neinstimmen mit großer Mehrheit im Amt bestätigt. Wilfried Hasselmann ist nun seit zehn Jahren Landesvorsitzender. Von den drei stellvertretenden Landesvorsitzenden erhielt Arbeits- und Sozialminister Hermann Schnipkoweit mit 469 Stimmen den höchsten Stimmenanteil. Auf Rudolf Seiters entfielen 440 und auf Ursula Benedix 338 Stimmen.

Eine lebhafte Debatte entwickelte sich — wie vorauszusehen war — um die Schulpolitik. Im Mittelpunkt stand die Orientierungsstufe, die bei Übernahme der Regierungsverantwortung durch die CDU in weiten Teilen Niedersachsens bereits eingeführt war. Heute besteht in ca. 80 Prozent des Landes diese umstrittene Schulform. Kultusminister Werner Remmers hat durch zahlreiche Verordnungen und Erlasse im Interesse der Kinder das Schlimmste verhindern können. Eine völlige Abschaffung würde aber zu einer neuen, starken Unruhe unter den Eltern führen. Die niedersächsische CDU geht davon aus, daß die vom Kultusminister eingeleiteten Maßnahmen zu einer Beruhigung

von Eltern, Schülern und Lehrern führen werden,

② die Mitwirkungsmöglichkeiten der Eltern verbessert werden,

③ anstelle der Stufenkonferenz die Klassenkonferenz das entscheidende Gremium sein wird.

Darüber hinaus fordert die CDU die Zulassung von Orientierungsstufen, in denen Schüler unter Berücksichtigung der Grundschulzeugnisse im Hinblick auf Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien vorgruppiert werden.

Die CDU stellt ausdrücklich fest: die Arbeit der Orientierungsstufe muß laufend überprüft werden. Werden die getroffenen, eingeleiteten und geplanten Maßnahmen dem Auftrag nicht gerecht, wird die CDU zur Stabilisierung des gegliederten Schulwesens weitere Maßnahmen einleiten.

Dieser vom Landesvorstand eingebrachte Antrag wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Den sozialistischen Ungeist erfolgreich bekämpft

In einem Fünf-Punkte-Programm fordert Finanzminister Walter Leisler Kiep zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit auf. Obwohl in Niedersachsen inzwischen die Arbeitslosigkeit um 10 000 Menschen verringert worden sei und obwohl 25 000 neue Arbeitsplätze geschaffen worden seien, rangiere das Land nach langjähriger SPD-Herrschaft immer noch wirtschaftlich an letzter Stelle. Es bedürfe harter Arbeit, um die strukturellen Schwächen auszugleichen. Damit die Wirtschaft wieder Vertrauen fasse, müsse die SPD/FDP-Koalitionsregierung in Bonn baldmöglichst abgelöst werden.

Ministerpräsident Ernst Albrecht stellte die große Leistung der CDU heraus, der es in zweijähriger Regierungsverantwortung gelungen sei, den sozialistischen Ungeist erfolgreich zu bekämpfen. Ernst Albrecht erinnerte u. a. an die marxistische Unterwanderung an den Schulen und Universitäten, wo sich ein Nährboden des Terrors gebildet habe. Mit dem Prozeß gegen den Göttinger Asta und der Entlassung von Professor Brückner (Hannover) habe die Landesregierung bewiesen, daß sie den Kampf gegen marxistische Umtriebe nicht scheue. Wörtlich stellte Ernst Albrecht fest: „Wir wollen ein Land, das frei ist von Angst und Terror. Wie kann ein Lehrer, der selbst voller Komplexe und voller Ressentiments gegen die Umgebung, gegen die Gesellschaft, gegen den Staat steckt, den Kindern den Weg in ein glückliches Leben bahnen? Wer lehren will, muß selbst gelernt haben nicht nur die Mengenlehre, sondern all das, was den wirklichen Reichtum, die Größe und die Würde menschlichen Daseins ausmacht.“ Niedersachsens CDU — so der mit Beifall überschüttete Ministerpräsident — geht mit Schwung und Zuversicht in den Wahlkampf.

Ebenso wie Ernst Albrecht unterstrich der Bundesvorsitzende der CDU, Helmut Kohl, die Bedeutung der Landtagswahl vom 4. Juni nicht nur für Niedersachsen, sondern für die gesamte Bundesrepublik. Helmut Kohl forderte die Partei auf, um jede einzelne Stimme zu kämpfen. Er selbst wird auf 30 Wahlveranstaltungen in den nächsten Wochen und Monaten in Niedersachsen sprechen. Unter dem großen Beifall der inzwischen randvoll gefüllten Weser-Ems-Halle stellte Helmut Kohl fest: „Diese Republik war noch nie so mit Affären erfüllt, noch nie so ‚verwanzt‘ wie heute. Die Regierung Schmidt ist abbruchreif.“

INFORMATION

Hans Katzer antwortet Ehrenberg

Die von Gewerkschaften, den Verbänden der Rentner und Kriegsoffer und von der CDU gemeinsam durchgeführte Protestkundgebung „Aktion sichere Renten — gegen Wortbruch und Willkür“, auf der über 3 000 Menschen die Bundesregierung aufgefordert haben, von ihren Rentenplänen abzulassen, stieß beim Bundesarbeitsminister auf taube Ohren. Er hielt statt dessen an den Plänen fest, die Renten von der Lohnentwicklung abzukoppeln.

Zu der vom Bundesarbeitsminister Ehrenberg abgegebenen Stellungnahme zur Alternative der CDU/CSU in der Rentenpolitik erklärte der stellvertretende Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans Katzer, es müsse als untaugliches Ablenkungsmanöver des Bundesarbeitsministers verstanden werden, wenn Ehrenberg heute der CDU/CSU Verunsicherung der Rentner vorwerfe. Der Bundesarbeitsminister mache es sich zu leicht, wenn er aus dem Gesamtpaket der ausgewogenen Alternativvorschläge der CDU/CSU nur eine einzige Maßnahme herausgreife.

Die Union hat ihre Position klar aufgezeigt:

① Eine offensive Wachstums- und Vollbeschäftigungspolitik muß dazu beitragen, die hohe Arbeitslosigkeit zu senken. Damit würde gleichzeitig der

Konsolidierungsbedarf in der Rentenversicherung geringer ausfallen.

② An der bruttolohnbezogenen dynamischen Rente wird festgehalten. Dies erlaubt es, wieder einen Krankenversicherungsbeitrag der Rentner einzuführen, der die große Zahl der kleinen Rentner von der Beitragszahlung ausnimmt, und der für die übrigen Rentner zu einer sehr viel geringeren Belastung führen wird als die Maßnahmen der Bundesregierung. Die vom Arbeitsminister aus der Trickkiste gegriffenen Zahlen über die Höhe der Krankenversicherungsbeiträge wird die Union niemals vorschlagen. Unsere Vorschläge bleiben immer unter der Belastung, die die Regierung den Rentnern zumutet.

③ Entgegen den Vorschlägen der Regierung, die alles den Rentnern aufbürdet, werden wir die Einsparungen, die sich im Bundeshaushalt ergeben werden, voll den Rentnern zukommen lassen.

④ Ein evtl. dann noch verbleibendes Defizit kann durch Umschichtungen im Bundeshaushalt gedeckt werden.

Unhöflich und arrogant

Der Programmausschuß des Senders Freies Berlin (SFB) hat Bundesarbeitsminister Ehrenberg (SPD) schlechtes Benehmen in der kürzlichen Fernseh-Talkshow „Drei nach neun“ vorgeworfen. Wie, der Oldenburgischen Volkszeitung zufolge, bekannt wurde, kritisierten die Mitglieder des SFB-Programmausschusses auf ihrer Sitzung einhellig,

daß Ehrenberg in dieser Sendung äußerst unhöflich und arrogant aufgetreten sei und Gesprächspartner immer wieder in überheblicher Art unterbrochen habe.

SPD unterschlägt Ausmaß des Spionagefalls

Mit Nachdruck hat der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Verteidigung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Willi Weiskirch, die Aufforderung an Bundesverteidigungsminister Apel wiederholt, dem Untersuchungsausschuß im Spionagefall Lutze/Wiegel die militärische Schadensbewertung zuzustellen. Weiskirch: „Eine solche Schadensbewertung ist zwischen Weihnachten und Neujahr nach den Aussagen von Generalinspekteur Wust vorgenommen, dann aber, wie der Parlamentarische Staatssekretär von Bülow kürzlich mitgeteilt hat, wieder vernichtet worden. Ich habe bereits vor vierzehn Tagen im Untersuchungsausschuß beantragt, entweder die vernichtete Schadensbewertung zu rekonstruieren oder eine neue zu erstellen.“ Weiskirch vermutet, die erste Schadensbewertung habe wohl „so verheerende Dinge zutage gefördert“, daß man sie vor den Augen der Öffentlichkeit habe verbergen wollen.

Die Zeitbombe tickt

Zu den von der Bundesanstalt für Arbeit veröffentlichten Arbeitslosenzahlen erklärte Heiner Geißler: „Es darf nicht dazu kommen, daß wir uns nach und nach an die Millionenarbeitslosigkeit gewöhnen. Arbeitslosigkeit ist für die Betroffenen und ihre Familien eine schwere materielle und immaterielle Belastung. Darüber hinaus ist die Arbeitslosigkeit Hauptgrund für die Finanzmisere unserer sozialen Siche-

rungssysteme. Es ist ein Zeichen politischer Resignation, daß sich die Bundesregierung intern bereits darauf eingerichtet hat, daß es ihr bis in die 80er Jahre hinein nicht gelingen wird, die Zahl der Arbeitslosen unter eine Million zu drücken. Dies geht aus Annahmen der Sozialversicherungsträger hervor.“ Der Generalsekretär versicherte, daß bei einer richtigen Politik die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung Zug um Zug möglich wäre. Nur habe diese Bundesregierung und die sie tragende Koalition nicht mehr die Kraft dazu. Daher sei die soziale und wirtschaftliche Stabilität der Bundesrepublik Deutschland unter der SPD/FDP-Regierung in großer Gefahr. Die Dauerarbeitslosigkeit bezeichnete Geißler als sozial- und wirtschaftspolitische Zeitbombe.

4 800 kehrten nicht zurück

Über 4 800 Besucher aus Polen sind nach Angaben des CDU-MdB Herbert Hupka 1977 in der Bundesrepublik geblieben. Hupka zog daraus den Schluß, daß die Unsicherheit über die Ausreisemöglichkeiten für Deutschstämmige in Polen nach wie vor groß ist und „wohl noch zugenommen hat“. Hupka nannte es die Pflicht der Bundesregierung, für die Zusammenführung zerrissener Familien zu sorgen und sich nicht mit dem Nein der polnischen Regierung abzufinden.

CDU/CSU-Weißbuch von USA amtlich anerkannt

Der Vorsitzende der Gemeinsamen KSZE-Kommission des US-Kongresses und der US-Regierung, der demokratische Abgeordnete Dante B. Fascell (Florida), der gleichzeitig auch stellvertretender Vorsitzender der amerikanischen Delegation in Belgrad ist, teilte

dem CDU-Bundestagsabgeordneten Dr. Alois Mertes (Gerolstein) bei dessen Besuch in Washington mit, daß das Weißbuch der CDU/CSU-Fraktion im Hinblick auf seine Wichtigkeit für die amerikanische Meinungsbildung zum Thema „Menschenrechte und Deutschlandfrage“ zum amtlichen Bestandteil der Dokumentation der von ihm geleiteten Kommission erklärt werde. Fascell beglückwünschte die CDU/CSU-Fraktion zu ihrem „außerordentlich hilfreichen Beitrag“. Es sei für den Erfolg der westlichen Bemühungen um die Verwirklichung der Menschenrechte wichtig, daß die freien Parlamente ihre Stimme laut und deutlich erheben. Dies könne den Bemühungen der Regierungen nur nützlich sein.

Mitgliedschaft in CDU bekennen

Der Vorsitzende der CDU-Sozialausschüsse des Rheinlands, Wolfgang Vogt, hat die in der Partei organisierten Arbeitnehmer aufgefordert, ihre Parteimitgliedschaft künftig nicht mehr als privates Geheimnis zu betrachten, sondern sich offen dazu zu bekennen. Nur so werde es möglich sein, erklärte Vogt in Wuppertal, bei den jetzt beginnenden Betriebsratswahlen mit der Praxis der Vergangenheit zu brechen, daß gute Kandidaten deshalb nicht gewählt würden, weil sie CDU-Mitglieder seien. 36 % der gewerkschaftlich Organisierten sollen sich laut Vogt zur CDU bekannt haben.

Furcht vor Terroristen hat zugenommen

Im Februar 1978 sahen mehr Bundesbürger den Staat durch den Terrorismus bedroht als zur Zeit der Schleyer-

Entführung im September/Oktober 1977. Das hat eine repräsentative Meinungsumfrage des Instituts für Demoskopie in Allensbach ergeben (1 000 Befragte). Außerdem äußerten sich die Befragten im Februar 1978 zu Fragen, die mit Terrorismus zusammenhängen, wie folgt: 83 % waren dafür, das Strafprozeßrecht so zu ändern, daß Terroristen-Prozesse schneller durchgeführt werden können (dagegen: 4 %). 77 % befürworteten den sofortigen Ausschluß von Verteidigern, „wenn der Verdacht besteht, daß sie ihr Amt zur Unterstützung der Terroristen mißbrauchen“ (dagegen: 6 %). 75 % plädierten für ein einheitliches Polizeirecht in allen Bundesländern (dagegen: 4 %).

Geschichtsbewußtsein der jungen Generation fördern

Der Präsidiums-Vorsitzende des Kuratoriums Unteilbares Deutschland, der CDU-Bundestagsabgeordnete Gradl, hat auf der Jahrestagung seiner Organisation in der Berliner Kongreßhalle für eine „weitsichtige Deutschland-Politik“ plädiert. Dazu gehöre, „daß die nachrückenden Jahrgänge wieder mit der deutschen Geschichte — mit ihrer Größe, ihren Schrecken und ihrer Tragik — vertraut gemacht werden und sich selbst als Teil der Nation verstehen lernen“. Das habe nichts mit Nationalismus, „wohl aber mit Selbstbehauptung“ zu tun, erklärte der ehemalige Bundesminister. Gradl kündigte an, daß der Bundestagsausschuß für innerdeutsche Beziehungen sich im Juni mit dem Thema „Deutsche Frage, Deutschlandbild und deutsche Geschichte in Unterricht und Bildung“ in einer zweitägigen Anhörung beschäftigen werde. Gradl betonte: „Wir wollen Wandlung der deutschen Situation, doch ohne Gewalt.“

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELANDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ TERMINE

9. 3. LV Schleswig-Holstein, Kreisgeschäftsführerkonferenz, Kiel
9. 3. **CDU — Bund**, Frauenvereinigung, Vorstand und Sozialausschüsse, Bonn
10. 3. **CDU Niedersachsen**, Landesvorstand, Hannover
10. 3. **CDU Niedersachsen**, Landeslistengremium, Hannover
10. 3. **CDU — Bund**, BFA „Wirtschaftspolitik“, Bonn
- 10./11. 3. **CDU — Bund**, Klausurtagung des Bundesvorstandes, Mayschoß
- 10./12. 3. **RCDS — Bund**, Bundesdelegiertenversammlung, Göttingen
11. 3. LV Schleswig-Holstein, Sozialausschüsse, Landesausschuß, Rendsburg
11. 3. LV Oldenburg, Kommunalpolitischer Kongreß, Bad Zwischenahn
11. 3. JU Westfalen-Lippe, Fachtagung „Jugend und Beruf“, Dortmund
13. 3. LV Baden-Württemberg, Präsidium und Landesvorstand, Stuttgart
13. 3. LV Berlin, Landesvorstand, Berlin
13. 3. **CDU — Bund**, BFA „Außenpolitik“, Bonn
15. 3. **CDU — Bund**, BFA „Jugendpolitik“, Bonn
16. 3. **CDU — Bund**, BFA „Strukturpolitik“, Bonn
- 16./17. 3. LV Berlin, Sozialpolitischer Kongreß, Berlin
17. 3. LV Rheinland-Pfalz, Landesvorstand, Mainz
17. 3. LV Rheinland-Pfalz, Landesparteiausschuß, Mainz
18. 3. LV Bremen, Sozialausschüsse, Landestag, Bremen
18. 3. LV Schleswig-Holstein, Landesausschuß, Kiel
18. 3. **CDU — Bund**, BFA „Sicherheitspolitik“, Bonn
3. 4. BV Nordwürttemberg, Bezirksvorstand, Stuttgart
3. 4. LV Berlin, Landesvorstand, Berlin
4. 4. LV Rheinland, Kreisgeschäftsführerkonferenz
7. 4. LV Rheinland, Landesvorstand, Köln
7. 4. **CDU — Bund**, BFA „Sport“, Hannover
- 7./8. 4. LV Berlin, 60. Landesparteitag, Berlin
8. 4. Union der Vertriebenen und Flüchtlinge — Landesvereinigung Hannover, Landestagung, Hannover
8. 4. LV Baden-Württemberg, Landesagrartag, Buchen
8. 4. **CDU — Bund**, Frauenvereinigung und Mittelstandsvereinigung, Fachtagung „Frauen in mittelständischen Betrieben“, Hamburg

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argelanderstraße 173, Telefon (0 22 21) 21 80 40. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach, Gerhard Braun. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementpreis vierteljährlich 9,— DM. Einzelpreis 0,75 DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

Ud